

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.05.2021
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:19 Uhr
Ort, Raum:	Rist Forum, Am Redder 8, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael Schernikau CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling CDU

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Jan Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Stephan Schwartz CDU

Herbert Thomascheski CDU

Meltem Adal SPD

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Claudia Wittburg SPD

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Andrea Spangenberg FDP

Angela Drewes WSI

Gudrun Nagel WSI

René Penz WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue	DIE LINKE
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE
Dennis Lobeck	Fraktionslos
Gabriele Ulm	Fraktionslos
<u>Jugendbeirat</u>	
Vivian Müller	Jugendbeirat
<u>Seniorenbeirat</u>	
Helga Nikodem	Seniorenbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Jörg Amelung	
Niels Schmidt	Bürgermeister
Gisela Sinz	
Niklas Viehmann	Protokollführung
Ralf Waßmann	

Abwesend

Mitglieder

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat entschuldigt

Gäste:

Herr Florian Graßhoff Stadtparkasse Wedel

1 Einwohner*innen

1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Stadtpräsident Herr Schernikau begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 10-14.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Protokollgenehmigungen
- 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021



- 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2021
- 3 Nachbesetzung von Gremien
 - 3.1 Antrag der CDU Fraktion ANT/2021/022
Hier: Nachbesetzung von Gremien
 - 3.2 Gremiennachbesetzung Gemeindewahlausschuss ANT/2021/023
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- 4 Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel - UV-C Luftreinigungsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren
 - 4.1 Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel - UV-C Luftreinigungsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren BV/2021/023-1
 - 4.2 Stellungnahme der Schulleiter zu UV-C- Geräten ANF/2021/029
 - 4.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ANF/2021/028
hier: Fragen zu mobilen Luftfilter-Reinigungsgeräten / eingekapselten UV-C-Geräten vom 18.05.2021
 - 4.4 Anfrage der WSI- Fraktion ANF/2021/030
hier: Fragen zur Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen
- 5 Satzung der Stadt Wedel für die Volkshochschule BV/2021/005
- 6 Bebauungsplan Nr. 20 g "Strandweg" - Teilbereich Treppenviertel, Nord BV/2021/022
hier: Satzungsbeschluss
- 7 Haushaltskonsolidierung BV/2021/015-1
 - 7.1 Anträge der Fraktionen
 - 7.1.1 Antrag der FDP Fraktion ANT/2021/019
hier: Haushaltskonsolidierung - zu den Maßnahmen 4 bzw. 6
 - 7.1.2 Antrag der FDP Fraktion ANT/2021/020
hier: Haushaltskonsolidierung - zu der Maßnahme 27
 - 7.1.3 Antrag der FDP Fraktion ANT/2021/021
hier: Haushaltskonsolidierung - zu der Maßnahme 41
- 8 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel BV/2021/026
hier: Beschluss gemäß der Maßgabe des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Cockpitbericht zum 31.03.2021 MV/2021/022
 - 9.2 Spendenannahmen Stadt Wedel 2020 MV/2021/027-1
 - 9.3 Bericht der Verwaltung
 - 9.4 Öffentliche Anfragen

nichtöffentlicher Teil

- 10 Nichtöffentliche Protokollgenehmigungen



- 10.1 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021
- 10.2 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2021
- 11 Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 105a „Hörnstraße, Teilbereich Nord“, 1. Änderung „Alte Post“, hier: Durchführungsvertrag BV/2021/001
- 12 Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 55a „Aukamp Ost“ Hier: Durchführungsvertrag BV/2021/018-1
- 13 Genehmigung der Bestellung eines Vorstandsmitglieds der Stadtparkasse Wedel BV/2021/024
- 14 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 14.1 Bericht der Verwaltung
- 14.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Der Stadtpräsident verliest eine Frage einer Bürgerin, die schriftlich kurz vor der Sitzung eingereicht wurde. Bei dieser Frage geht es um die fehlende Protokollierung der im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse der Sitzung vom 01.04.2021. Im TOP Unterrichtung der Öffentlichkeit stehe lediglich „Herr Schernikau stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.“. Es wird sich eine transparentere Darstellung der Beschlüsse gewünscht.

Herr Schernikau antwortet, dass er in den Sitzungen sage, dass die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse über das Protokoll erfolge. Dies sei bei dem Protokoll der Sitzung des 01.04.2021 offensichtlich nicht erfolgt und wird mit der heutigen Protokollgenehmigung nachgeholt.

2 Protokollgenehmigungen

2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021

Es gibt keine Einwände zum Protokoll der Sitzung vom 25.03.2021.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2021

TOP 8 des Protokolls wird um folgenden Satz ergänzt:

„Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse erfolgt über das Protokoll.“

Im nichtöffentlichen Teil wurde unter TOP 6 ein städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 20g, „Strandweg“, Teilbereich Treppenviertel, Nord beschlossen.

Unter TOP 7 wurde ein Grundstücksverkauf im Businesspark beschlossen. Außerdem wurde beschlossen, dass das Projekt im Planungsausschuss vorgestellt wird.“

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 01.04.2021 wird mit den Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 9 Enthaltungen

3 Nachbesetzung von Gremien

3.1 Antrag der CDU Fraktion

ANT/2021/022

Hier: Nachbesetzung von Gremien

Herr Kissig bringt den Antrag der CDU ein. Es soll eine vakante Stelle im Stiftungsrat (Amschlerstiftung) besetzt werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt für den Stiftungsrat (Amschlerstiftung) als Mitglied Frau Heidi Garling und als persönlichen Stellvertreter Herrn Julian Fresch zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.2 Gremiennachbesetzung Gemeindewahlausschuss

ANT/2021/023

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Wuttke bringt den Antrag der Grünen zur Nachbesetzung des Gemeindewahlausschusses ein.

Beschluss:

Der Rat beschließt als stellvertretende Beisitzerin Frau Friederike von Nobbe als Vertreterin von Frau Karin Blasius zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel - UV-C Luftreinigungsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren

4.1 Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen in Wedel - UV-C Luftreinigungsgeräte bzw. bestmögliche technische Verfahren

BV/2021/023-1

Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport bringt diese Vorlage ein. Der Ausschuss hat alle drei Punkte der Beschlussvorlage mehrheitlich empfohlen. Im Punkt 2 wurde eine kleine Ergänzung vorgenommen.

Frau Jacobs-Emeis beantragt getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Frau Kärgel führt aus, dass sie mit den Schulleitungen gesprochen habe und ihnen ein Gutachten von einer unabhängigen Hochschule vorgelegt habe. Sie war überrascht, dass die



Schulleitungen selbst einen Test ablehnen, daher habe sie eine weitergehende Anfrage gestellt. Die Luftreiniger seien nicht gleichwertig mit den UV-C Geräten. Es bestehe ein großes Bedürfnis für Virenschutz zu sorgen. Ein Testverfahren wollen die Grünen nicht verhindern, daher werden sie sich im 1. Punkt der Beschlussvorlage enthalten. Die Punkte 2 und 3 werden unterstützt.

Frau Wittburg weist drauf hin, dass am 09.09.2020 erstmalig die Beschaffung von Filteranlagen angefragt wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden in Hamburg bereits Anlagen beschafft. Die SPD wird sich bei Punkt 2 enthalten und den Punkten 1 und 3 zustimmen.

Herr Keller wirft die Möglichkeit der Miete von den Anlagen in den Raum. Herr Schmidt antwortet, dass bei einer Beschaffung auch eine Miete in Betracht gezogen werde.

Frau Schilling ist erfreut über die Vorlage. Das Thema werde schon lange diskutiert. Das Verfahren hätte auch schon lange vorher durchgeführt werden können. Es wurde zu viel Zeit verschwendet. Die UVC-Technik sei nicht gewollt, dennoch werde sie weiter in Erwägung gezogen. Die FDP unterstützt die Punkte 1 und 3. Der Punkt 2 habe sich erübrigt.

Herr Fresch stellt klar, dass das Ziel des Antrages von vor zwei Monaten war, dass Geld für die Maßnahmen bereitgestellt, die Schulleitungen eingebunden und das bestmögliche Verfahren ausgewählt werde. Alle drei Ziele werden jetzt in der Beschlussvorlage berücksichtigt.

Die CDU hielt die UVC-Technik für die beste Lösung und würde diese weiter unterstützen. Die Schule und die Verwaltung präferieren jedoch eine andere Lösung.

Die CDU wird allen drei Punkten der Beschlussvorlage zustimmen, obwohl der zweite Punkt eigentlich obsolet geworden sei.

Herr Schmidt verliest die Antwort auf die Anfrage der WSI, die zu der Sitzung verteilt wurde.

Herr Schnieber führt aus, dass sich der chaotische Umgang mit Corona nicht nur auf Bundes- und Landesebene abspiele, sondern auch auf kommunaler Ebene zu erkennen sei. Selbsternannte Experten wettern für und gegen die möglichen Verfahren zur bestmöglichen Luftreinigung.

Die WSI stimmt allen Punkten zu, wobei im dritten Punkt nur eine begrenzte Festlegung erfolgen könne.

Nach weiterer Diskussion über die vorhandenen Geräte und Möglichkeiten des Stoßlüftens leitet Herr Schernikau in die getrennte Abstimmung der Punkte der Beschlussvorlage über.

Punkt 1. Wird mit 31 Ja und 6 Enthaltungen (6x Bündnis 90 / Die Grünen) beschlossen.

Punkt 2. Wird mit 22 Ja, 14 Nein (4x FDP, 6x SPD, 2x DIE LINKE, 2x Fraktionslos) und 1 Enthaltung (DIE LINKE) beschlossen.

Punkt 3. Wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Rat, die Mittel für die Raumluftverbesserung an Schulen in enger Abstimmung mit den Schulleitungen freizugeben.

Mit den Mitteln werden folgende Maßnahmen im ersten Schritt realisiert:

1. Anschaffung von wirkungsvollen mobilen Luftfiltergeräten mit HEPA Filtern jeweils für 2 Klassenräume in den weiterführenden Schulen (6 Klassenräume gesamt). Die Schulleitungen favorisieren diese Technik. Die Wirkungsweise und vor allem die

Lärmemissionen dieser Geräte werden im konkreten Schulalltag über 4 - 6 Wochen getestet. Über eine weitere Anschaffung dieser Geräte wird nach Vorliegen der Erfahrungsberichte in den politischen Gremien entschieden.

2. Da, wo das Einverständnis mit den Schulen vorliegt, können (eingekapselte) UV-C Geräte in Klassenräumen eingesetzt werden. Diese Abstimmungen sollen so erfolgen, dass sie zeitgleich mit der Testung der Luftfilteranlagen vorliegen können.
Testverfahren wie unter Punkt 1.
3. Die Verwaltung empfiehlt nicht nur kurzfristig die Situation durch Luftreinigungsgeräte zu verbessern, sondern eine nachhaltige und dauerhafte Raumluftverbesserung in den Altbauten der Schulen anzustreben. Für die Nachrüstung der Gebäude mit (dezentralen) RLT-Anlagen werden Mittel zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung:

Punkt 1.:

31 Ja und 6 Enthaltungen (6x Bündnis 90 / Die Grünen)

Punkt 2.:

22 Ja, 14 Nein (4x FDP, 6x SPD, 2x DIE LINKE, 2x Fraktionslos) und 1 Enthaltung (DIE LINKE)

Punkt 3.:

einstimmig beschlossen.

4.2	Stellungnahme der Schulleiter zu UV-C- Geräten Zur Kenntnis genommen.	ANF/2021/029
-----	---	--------------

4.3	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hier: Fragen zu mobilen Luftfilter-Reinigungsgeräten / eingekapselten UV-C-Geräten vom 18.05.2021 Zur Kenntnis genommen.	ANF/2021/028
-----	--	--------------

4.4	Anfrage der WSI- Fraktion hier: Fragen zur Luftreinigung in Klassenräumen der weiterführenden Schulen Zur Kenntnis genommen.	ANF/2021/030
-----	---	--------------

5	Satzung der Stadt Wedel für die Volkshochschule Herr Barop bringt die Vorlage ein. Sie wurde im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport einstimmig empfohlen. Beschluss: Der Rat der Stadt Wedel beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Wedel für die Volkshochschule.	BV/2021/005
---	--	-------------



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Bebauungsplan Nr. 20 g "Strandweg" - Teilbereich Treppenviertel, Nord**BV/2021/022****hier: Satzungsbeschluss**

Herr Burmester als Vorsitzender des Planungsausschusses bringt diese Vorlage ein. Die Vorlage wurde vom Planungsausschuss mit großer Mehrheit empfohlen.

Herr Wuttke hebt bei diesem B-Plan hervor, dass dieser in Wedel städtebauliche Qualität schaffe mit über 30 % gefördertem Wohnungsbau. Allerdings weist er darauf hin, dass die innere Erschließung zwischen den Gebäuden nicht durchgehend barrierefrei sei. Dies liege am Relief des Grundstückes.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

- 1) die während der Auslegung gemäß §§ 3 (2) und 13a BauGB von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. §§ 4 (1), (2) und 13a BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
- 2) den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 20 g „Strandweg“, Teilbereich Treppenviertel, Nord bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Text (Teil B),
- 3) die Begründung des Bebauungsplans zu billigen.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja

3 Nein (3x DIE LINKE)

0 Enthaltungen

7 Haushaltskonsolidierung**BV/2021/015-1**

Herr Kissig bringt diese Vorlage als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschuss ein. Der HFA hat den Beschlusstext geändert. Im HFA wurde dargestellt, dass die Finanzlage der Stadt sich verschlechtert habe und ein strukturelles Defizit vorliege. In den Haushaltsberatungen vor zwei Jahren wurde durch einen CDU Antrag gedrängt, ein Konzept zu erstellen. Nach Gründung einer Lenkungsgruppe und langen Beratungen liegt nun ein Konzept vor, welches laut Verwaltungsvorschlag beschlossen werden sollte. Dies war aber nicht der politische Wille. Zunächst sollen sich die Fachausschüsse mit den Themen befassen, anschließend erfolge die Umsetzung. Herr Kissig verliest den neuen Beschlussvorschlag, welcher im HFA einstimmig empfohlen wurde.

Herr Dr. Murphy stellt fest, dass im HFA eine Einzige von 41 Maßnahmen aus dem Konzept gestrichen wurde. Dabei handle es sich um die Verringerung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, die nun nicht weiterverfolgt werden solle.

Eine weitere Maßnahme, nämlich die Verringerung der Ausschussmitglieder wurde nicht von dem Konzept ausgeschlossen. Diese Maßnahme sei rechtlich zulässig, jedoch beschneide sie die Demokratie. Nach Begründung der Verwaltung müssten nicht alle Fraktionen in jedem Ausschuss vertreten sein. Dies betreffe nicht ansehnlich große Fraktionen unter 10 %

der Gemeindevertretersitze. Herr Murphy empfinde den Verwaltungsvorschlag als eine Frechheit. Der HFA habe dennoch beschlossen, dass die Maßnahme weiterverfolgt werde. Dies sei ein demokratischer Rückschritt. Vor dem Hintergrund eines Schreibens des Personalrates, in dem der Umgang der Politik mit der Verwaltung kritisiert wird, sei dieser Vorschlag dreist und menschlich mies. Der Vorschlag richte sich gegen Fraktionen, die jahrelang konstruktiv mitgearbeitet haben. Herr Murphy sei persönlich enttäuscht über den Vorschlag.

Herr Schernikau wirft ein, dass mit dem Vorschlag der Verringerung der Ausschussgröße die Entscheidungsfähigkeit der Ausschüsse hergestellt bzw. verbessert werden solle. Er weist darauf hin, dass eine Einheit zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung bestehen solle. Entscheidungen in der Demokratie würden nicht, allein dadurch, dass sich mehr Leute beteiligen, besser werden. Im Übrigen bittet er den Rat von persönlichen Ansprachen oder Angriffen von Personen Abstand zu nehmen.

Herr Schmidt nimmt die Aussage von Herrn Dr. Murphy zur Kenntnis und stellt fest, dass die Ausführungen Murphys großzügige Interpretationen des eingebrachten Vorschlages darstellen. Er plädiert dafür, einen sachlichen Umgangston zu pflegen.

Frau Drewes führt aus, dass sie als Vorsitzende des Lenkungsausschusses für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Sitzung des HFA eingeladen wurde. Die Maßnahmen sollten eigentlich als Gesamtpaket in die Ausschüsse verteilt werden. Nun werden einzelne Maßnahmen herausgegriffen. In einer vorherigen Sitzung konnten bereits Maßnahmen per Beschluss aus dem Konzept gestrichen werden. Sie bittet die FDP die eingereichten Anträge erst in den Ausschüssen zu stellen.

Herr Kissig ist sprachlos über die merkwürdigen Beiträge. Jedem Ratsmitglied stehe es frei, an den Sitzungen des HFA teilzunehmen. Die Gemeindeordnung könne nicht durch Absprachen ausgehebelt werden, Anträge können jederzeit gestellt werden.

In Bezug auf Herrn Murphy zeigt Herr Kissig Unverständnis. Bei einem Defizit von 10 Mio. Euro werde sich eine Maßnahme rausgegriffen, die ein Sparpotenzial von 10.000 Euro vorsieht. In den bisherigen Wahlperioden waren immer nur 9 Personen in den Ausschüssen vertreten. In dieser Wahlperiode war es allerdings nicht möglich, mit 9 Personen die Mehrheitsverhältnisse des Rates nachzubilden. Die Politik bestimme per Beschluss über die Hauptsatzung die Ausschussgröße zu Beginn jeder Wahlperiode.

Die CDU habe gegen die Maßnahme zur Reduzierung der Aufwandsentschädigungen gestimmt, da die Politiker keine Ehrenamtlichen zweiter Klasse seien. Die Maßnahme wurde nach der ersten Beratung von der Verwaltung trotz 2/3 Mehrheit in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgenommen.

Herr Fölske stellt klar, dass die Verwaltung durch den CDU Antrag selbst dazu beauftragt wurde, das Konzept zu erstellen. Die SPD hatte externe Unterstützung vorgesehen. Der WSI Antrag zur Änderung des Beschlusstextes sei gut gewesen. Bisher wird das Ergebnis als gut erachtet. Es gehe um große Treiber und nicht nur um die kleinen Maßnahmen. Die SPD sei zuversichtlich, dass ein Schritt in die Zukunft der Stadt Wedel gemacht werden könne. Dafür solle sachlich und ruhig weitergearbeitet werden.

Für Herrn Sue sollte es bei den Einsparungen nicht nur um Einmaleffekte gehen, sondern um systematische Einsparungen. Mit dem heutigen Beschluss heiße es nicht, dass die Maßnahmen so beschlossen werden, sondern, dass die Ausschüsse dann noch darüber beraten werden.

Herr Schnieber beantragt die Verweisung der FDP Anträge. Die Absprache war, dass keine Anträge vor den Ausschussberatungen gestellt werden.

Herr Schmidt berichtet zum geplanten Verlauf, dass in der nächsten Woche in der Verwaltung besprochen werde, in welchen Ausschüssen welche Themen beraten werden. Für je-



des Thema wird eine Beschlussvorlage und ein eigener TOP vorgesehen. Die meisten Punkte seien eher langfristig angelegt. Die Anträge von der FDP seien ein klassisches Beispiel von Themen, an denen mehrere Ausschüsse beteiligt sind.

Für Herrn Schumacher reicht es aus, wenn die Anträge in den Ausschüssen beraten werden. Jetzt werde kein Wert auf eine Entscheidung gelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel leitet die in Anlage 1 seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen für eine Haushaltskonsolidierung zur weiteren Beratung an die jeweils zuständigen Ausschüsse weiter. Maßnahmen, die die grundsätzliche Zustimmung der jeweiligen Ausschüsse finden, werden dem Rat - nach Vorberatung im HFA - in einer Gesamtvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei Abwesenheit von Herrn Dr. Murphy)

7.1 Anträge der Fraktionen

Der Rat beschließt einstimmig (bei Abwesenheit von Herrn Dr. Murphy) die vorliegenden Anträge der FDP in die jeweils zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

7.1.1 Antrag der FDP Fraktion

hier: Haushaltskonsolidierung - zu den Maßnahmen 4 bzw. 6

ANT/2021/019

Verwiesen.

7.1.2 Antrag der FDP Fraktion

hier: Haushaltskonsolidierung - zu der Maßnahme 27

ANT/2021/020

Verwiesen.

7.1.3 Antrag der FDP Fraktion

hier: Haushaltskonsolidierung - zu der Maßnahme 41

ANT/2021/021

Verwiesen.

8 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel

hier: Beschluss gemäß der Maßgabe des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

BV/2021/026

Herr Kissig bringt diese Vorlage ein.

Herr Schnieber führt aus, dass der vorliegende Tagesordnungspunkt ein Beispiel dafür sei, dass die Verwaltungsspitze es zunehmend aufgabe, mit der Politik zusammenzuarbeiten. Dies sei kein partnerschaftlicher Umgang. Es entstehe zunehmend der Eindruck, dass die als selbstverständlich anzusehenden Ansprüche immer häufiger nicht erfüllt werden. In der Begründung dieser Vorlage sei lediglich ein kurzer Hinweis auf die Begründung der Kommunalaufsicht gegeben worden, ohne auch nur eine kurze eigene Erläuterung oder Einschätzung zu der aufgeworfenen Rechtsfrage abzugeben. Herr Schnieber ist der Auffassung, dass die Begründung der Kommunalaufsicht einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten



könnte. Herr Schnieber hatte das Rechtsamt darum gebeten, eine rechtliche Einschätzung zu geben, ob durch eine Zustimmung zur jetzt vorgelegten Fassung der Möglichkeit zur Einlegung eventueller Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Kommunalaufsicht berauben könnte. Da die WSI dieses Rechtsrisiko vermeiden möchte, wird sie sich bei der Beschlussfassung enthalten und möchte, dass diese Begründung, nämlich zur Wahrung der Möglichkeit der Einlegung von Rechtsmitteln gegen den einschränkenden Bescheid der Kommunalaufsicht eine Zustimmung seitens der WSI nicht erfolgen kann, ins Protokoll aufgenommen wird.

Unstrittig ist, dass in Wedel die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von Videokonferenzen geschaffen werden müssen.

Herr Schnieber weist abschließend darauf hin, dass die Stadt Elmshorn eine Lösung gefunden habe, den vom Rat zum Ausdruck gebrachten Willen in ihren städtischen Regelwerken zu verankern.

Nach dem Wortbeitrag von Herrn Schnieber lässt der Stadtpräsident über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

die anliegende 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel gemäß der Maßgabe des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung in der Genehmigung vom 22.04.2021 zu fassen.

Der Artikel 1. Nr. 3 § 16 Abs. 4 der 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel wird daher wie folgt gefasst:

„Nach dem Baugesetzbuch erforderliche ortsübliche Bekanntmachungen der Stadt Wedel werden in den Zeitungen Wedel Schulaner Tageblatt und im Regionalteil des Hamburger Abendblattes bekanntgemacht. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung wird zusätzlich unter der Adresse nach Absatz 1 ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes auf www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung zugänglich gemacht.

Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen im Sinne des § 4a Absatz 4 Satz 1 BauGB werden ebenfalls zusätzlich unter der in Absatz 1 genannten Internetadresse auf www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung eingestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen (4x WSI, 1x SPD)

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Cockpitbericht zum 31.03.2021

MV/2021/022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9.2 Spendenannahmen Stadt Wedel 2020

MV/2021/027-1

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9.3 Bericht der Verwaltung

Herr Schmidt berichtet, dass noch keine Haushaltsgenehmigung vorliege. Die Kommunalaufsicht störe sich erheblich an der Umsetzungsquote der Investitionen. Die Fraktionsvor-



sitzenden werden kurzfristig über den weiteren Verlauf informiert werden.

9.4 Öffentliche Anfragen

Der Steinberg sei laut Frau Koschorrek aufgrund der Umleitung und der beidseitigen Parkverbote zu einer Rennstrecke geworden. Sie fragt, warum das per Ratsbeschluss festgelegte Tempo 30 noch nicht umgesetzt wurde. Außerdem fragt sie, wer Geschwindigkeitsüberprüfungen anordne. Herr Schmidt antwortet, dass aufgrund der Tempo 30 Zone bauliche Maßnahmen vorgesehen und beschafft worden seien. Die Umsetzung hat aufgrund der Umleitung noch nicht begonnen, dies wird aber unverzüglich nach Aufhebung der Umleitung erfolgen. Geschwindigkeitsüberprüfungen werden von der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Pinneberg oder der Polizei angeordnet und durchgeführt.

Frau Wittburg fragt in Bezug auf die Randbetreuungszeiten in den Wedeler Kitas, ob es stimme, dass das Angebot der Randbetreuung ab August 2021 wegfällt, welche Kitas davon betroffen seien, was die Politik dagegen aktiv tun könne und wie hoch die Kosten für die Weiterführung der Früh- und Spätdienste für Wedel seien und wie diese finanziert werden können.

Herr Schmidt verweist auf den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Frau Kärigel fragt Herrn Schmidt, wie er als Bürgermeister mit dem Urteil des Verwaltungsgerichtes zum Kohlekraftwerk umgehen wird. Herr Schmidt antwortet, dass eine Urteilsbegründung noch nicht vorliege und er auch bei der Verhandlung nicht dabei war. Erst wenn er das Urteil gelesen habe, könnten daraus Schlüsse gezogen werden.

Frau Spangenberg weist darauf hin, dass Umleitungsschilder auf Fahrradwegen abgestellt wurden. Herr Schmidt wird überprüfen lassen, ob die Schilder auch anders aufgestellt werden können.

Herr Fresch fragt, ob sich in Bezug auf den „Käfig“/roten Sportplatz seit der Sitzung des BKS der Sachstand verändert habe. Herr Schmidt sagt, dass es keine zusätzlichen Einschränkungen gebe und derzeit versucht werde, einen runden Tisch mit den Beteiligten einzurichten.

Anschließend bedankt sich der Stadtpräsident bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse über das Protokoll.

Im nichtöffentlichen Teil wurden unter TOP 11 und 12 Durchführungsverträge gem. § 12 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 105a „Hörnstraße, Teilbereich Nord“, 1. Änderung „Alte Post“ und zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 55a „Aukamp Ost“ beschlossen. Unter TOP 13 hat der Rat der Stadt Wedel gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5a des

Sparkassengesetzes Schleswig-Holstein (SpkG) die Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Sparkasse Wedel zum 01.01.2022 genehmigt.

Anschließend bedankt sich der Stadtpräsident bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:19 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Schernikau

Michael Schernikau

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

